



Arzneimittel sind keine Konsumgüter

Pressemitteilung von Martina Bunge, 23. August 2012

„Es ist völlig illusorisch, Arzneimittelsicherheit zu schaffen, indem man ausländische Versandapotheken an das deutsche Recht bindet, um so faire Wettbewerbsbedingungen herstellen zu wollen. Statt auf die unsichtbare Hand des Marktes zu hoffen, fordert DIE LINKE, den Versandhandel so weit wie möglich zu beschränken“, so Martina Bunge, gesundheitspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, zur Entscheidung des Gemeinsamen Senats der fünf obersten Gerichtshöfe, nach der für Versandapotheken mit Sitz in der EU die Festpreise verschreibungspflichtiger Arzneien in Deutschland gelten. Martina Bunge weiter:

„Arzneimittelsicherheit und Internethandel kann man nicht zusammenbringen. Es gibt keinen Weg, eine gute Betreuung online zu gewährleisten. Es gibt keinen Weg, legale von illegalen Versandapotheken für die Menschen deutlich unterscheidbar zu machen. Es gibt keinen Weg, die vollkommen unangemessenen Abholstellen zu verbieten. Der für Oktober von der Regierung anvisierte Gesetzesentwurf ist nicht ausreichend. Diese

Einschätzung gibt es nicht nur bei uns, sondern auch im Bundesrat. Darauf fußend hat DIE LINKE im Mai zum wiederholten Male einen Antrag für eine gute Arzneimittelversorgung in den Bundestag eingebracht.“